

**Amt der Tiroler Landesregierung**

Präs.Abt.II/EG-Referat-693/37

A-6010 Innsbruck, am 26. Aug. 1992

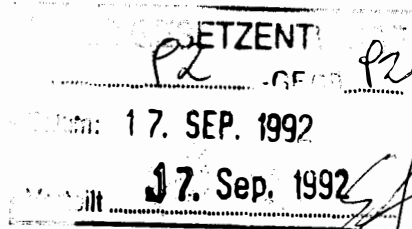
Tel.: 0512/508, Durchwahl Klappe 151

FAX 0512/508595

Sachbearbeiter: Dr. Biechl

**Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen.**

An das  
Bundesministerium für Justiz  
Postfach 63  
1016 Wien



**Betreff:** Entwürfe einer Novelle zur Strafprozeßordnung und  
eines Bundesgesetzes über die Beschwerde an den  
Obersten Gerichtshof wegen Verletzung des Grund-  
rechtes auf persönliche Freiheit;  
Stellungnahme

Zu GZ 578.010/1-II 3/92 vom 31. Juli 1992

Gegen die oben zit. Entwürfe wird vom Standpunkt der von der Landes-  
regierung zu wahren Interessen kein Einwand erhoben.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlaments-  
direktion zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Landesamtsdirektor

**Abschriftlich**

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.

an alle National- und Bundesräte in Tirol

an das Büro des Föderalismusministers

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

*Pamini M.*


**Amt der Tiroler Landesregierung**

Präs.Abt.II/EG-Referat-693/36

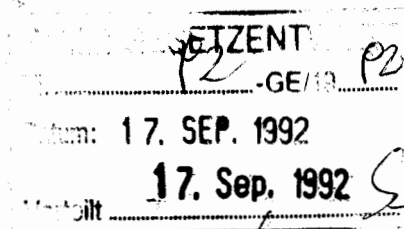
 An das  
 Bundesministerium  
 für Justiz

 Museumstraße 7  
 Postfach 63  
 1016 W i e n

A-6010 Innsbruck, am 20. August 1992

 Tel.: 0512/508. Durchwahl Klappe 151  
 FAX 0512/508595

Sachbearbeiter: Dr. Biechl

**Bitte in der Antwort die  
 Geschäftszahl dieses  
 Schreibens anführen.**

Betreff: Entwurf einer Strafprozeßnovelle 1992;  
 Stellungnahme

Zu Zahl 578.009/1-II 1/92 vom 31. Juli 1992

Gegen den übersandten Entwurf einer Strafprozeßnovelle 1992 wird vom Standpunkt der von der Landesregierung zu wahrenen Interessen kein Einwand erhoben.

Zu der unter Punkt 6 der Erläuterungen auf S. 15 aufgeworfenen Frage wird bemerkt, daß die hier erwähnten Grenzfälle bereits in der Strafprozeßnovelle 1992 eine entsprechende Regelung erfahren sollten.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlamentsdirektion zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Landesamtsdirektor

**Abschriftlich**

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.

an alle National- und Bundesräte in Tirol

an das Büro des Föderalismusministers

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

*J. Sachse*